



Deutscher Bundestag
Gesundheitsausschuss
per Email an
gesundheitsausschuss@bundestag.de

Georg Wurth
Rykestr. 13
10405 Berlin

Tel: +49-(0)30/ 447 166 53
Mail: Georg.Wurth@hanfverband.de
<https://hanfverband.de/>

26.06.2018

Stellungnahme zur Anhörung im Gesundheitsausschuss am 27.06.2018 zu den Anträgen:

- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Entwurf eines Cannabiskontrollgesetzes (CannKG) - BT-Drucksache 19/819
- FDP - Cannabis-Modellprojekte ermöglichen - BT-Drucksache 19/515
- DIE LINKE - Gesundheitsschutz statt Strafverfolgung – Für einen progressiven Umgang mit Cannabiskonsum - BT-Drucksache 19/832

Ich befürworte die Legalisierung von Cannabis. Die Argumente sind bekannt, ich fasse sie deshalb nur kurz zusammen:

- Das Verbot erreicht sein Ziel nicht, insbesondere problematischen Konsum und Konsum bei Jugendlichen zu vermeiden. Nach Jahrzehnten massiver und teurer Repressionsbemühungen des Staates steigen die Konsumraten gerade bei jungen Menschen weiter. Es gibt keinerlei belastbare Nachweise für eine Wirksamkeit des Verbots. Stattdessen hat es viele negative Auswirkungen:
- Konsumenten werden massenhaft zu Straftätern abgestempelt. Im letzten Jahr gab es einen neuen Rekord: 166.000 Strafverfahren wegen konsumbezogener Cannabisdelikte (ohne Handel)! Das greift nicht nur massiv in das Leben der Betroffenen ein, es stört auch das Verhältnis von Millionen Bürgern zum Staat, die keine Gefährdung anderer verursachen.
- Polizei und Justiz versenken einen erheblichen Teil ihrer Ressourcen auf der Jagd nach Cannabis und insbesondere dessen Konsumenten. Gleichzeitig hören wir immer wieder von der Polizei, dass das Personal nicht ausreicht, um zum Beispiel Gefährder zu überwachen.
- Gestreckte und verunreinigte Schwarzmarktware ist eine erhebliche unnötige Gesundheitsgefährdung der Konsumenten.
- Kriminelle Strukturen werden durch das Verbot gefördert. Man überlässt ihnen unnötigerweise einen Milliardenmarkt mit hohen Gewinnspannen.
- Der Staat gibt Milliarden für Repressionsmaßnahmen aus und verliert weitere Milliarden an Steuereinnahmen für eine Politik, die nicht zielführend ist.
- Die mit dem Verbot einhergehende Tabuisierung des Themas erschwert Präventions- und Behandlungsmaßnahmen.

→

- Es gibt weder medizinische, noch kulturelle Gründe dafür, dass Cannabis verboten ist und Alkohol legal. Cannabis ist nicht harmlos, aber sicher nicht gefährlicher als Alkohol. Und von einer kulturfremden Droge kann auch kaum die Rede sein, wenn fast die Hälfte der jungen Männer Erfahrung damit hat. Vielmehr wird hier eine erhebliche Bevölkerungsgruppe ohne nachvollziehbaren Grund diskriminiert.

Deshalb befürworte ich alle drei Anträge:

Das Cannabiskontrollgesetz liefert eine gute Diskussionsgrundlage, um alle oben genannten Probleme zu lösen.

Wenn der Bundestag noch nicht so weit ist und mehrheitlich noch Angst davor hat, welche Auswirkungen die Regulierung des Cannabismarktes haben könnte, dann sind zeitlich begrenzte kommunale Modellprojekte zu Cannabisabgabe, die wissenschaftlich begleitet werden, eine gute Möglichkeit, die vermuteten Risiken aufzudecken oder als unbegründet zu verwerfen.

Die konsequente Entkriminalisierung der Konsumenten wäre ein erster wichtiger Schritt. Viele oben genannte Probleme werden dadurch nicht gelöst, aber Millionen Bürger wären vor staatlicher Verfolgung geschützt. Dabei wäre zu beachten, dass der Besitz von Cannabis zum Eigenverbrauch (und Anbau in kleinem Umfang) am besten gar nicht mehr strafbar sein sollte. Denn nur, wenn erst gar keine Strafverfahren eröffnet werden, kann ernsthaft von einer Entkriminalisierung und von einer Entlastung von Konsumenten und Polizei die Rede sein.

Georg Wurth
Geschäftsführer des Deutschen Hanfverbandes